

Süddeutsche Zeitung

Ausgabe M · Preis 30 Pf.

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK · KULTUR · WIRTSCHAFT · SPORT

18. Jahrgang

München, Mittwoch, 11. Juli 1962

B 7979 A

Nummer 165

Sie lesen heute

Das Streiflicht

(SZ) Das seit Beginn der Neuzeit nicht verlassene Thema Fluch und Segen der Technik wurde in diesen Tagen auf besonders exemplarische Weise abgehandelt: Den Warnungen vieler Wissenschaftler zum Trotz erschoss die Amerikaner eine Wasserstoffbombe über dem Pazifik in den nahen Weltraum. Die Folgen des „erfolgreichen“ Experiments sind noch nicht abzusehen. Angeblich soll die Sprengung des radioaktiven von Allendern Strahlungsbereichs in der Ionosphäre die Kosmonautik in Zukunft ungefährlicher machen. Unbekannt jedoch ist bis zur Stunde, was für ein Donnerwetter der gigantische Atomblitz nach sich ziehen wird. Die Fachleute wollen zwar errechnet haben, daß die Masse des radioaktiven Abfalls sternwärts nicht von der Erde weg, Der auf uns einfallende Rest sei ungefährlich. Und wenn sich nun bei diesem oder den nächsten derartigen Versuchen kleine Rechenfehler einschleichen? Eines Tages könnte der Rest Schweigen bedeuten.

Völlig ungefährlich, ja sogar äußerst hilfreich ist hingegen der kleine Wunderartikel Telear, den die Amerikaner fast zur gleichen Zeit wie

Chruschtschow zeigt sich ungeduldig Neuer Berlin-Vorstoß des Kremel-Chefs

Die Truppen der Westmächte sollen durch UNO-Einheiten aus Ost und West ersetzt werden

Von unserem Korrespondenten Klaus Arnsperger

Moskau, 10. Juli — Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat angedeutet, die in Berlin stationierten Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs durch dänische und norwegische oder belgische und niederländische Kontingente zu ersetzen. Diesen westlichen Einheiten müßten Truppen aus Polen und der Tschechoslowakei an die Seite gestellt werden. Alle diese Soldaten sollten unter der Flagge der UNO ihre Aufgaben in Westberlin erfüllen. Chruschtschow machte seinen Vorschlag bereits in einer Rede vor den 2000 Delegierten des Moskauer Kongresses für Frieden und allgemeine Abrüstung.

Chruschtschow glaubt auch heute noch an die Möglichkeit eines Weltkrieges wegen Berlin. Die friedliche Lösung der Westberlin-Frage duldet deshalb nach seinen Worten keinen Aufschub mehr. „Der Herd der Kriegsgefahr in Europa“,

mehr oder minder einheitliche Auffassung darüber geteilt, daß beide Seiten militärisch gleich stark seien. Seit einiger Zeit beruhen sich die USA jedoch mit ihrer militärischen Überlegenheit. Sie haben jedoch keinen Grund, sagte Chruschtschow, „zu behaupten, daß sich das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändert habe“. Es solle heute nicht darum, über die Regeln eines künftigen Atomkrieges zu verhandeln, sondern darum, zu verhindern, daß er überhaupt ausbreche. Es sei eine Illusion zu glauben, daß ein Atomkrieg sich innerhalb der Grenzen konventioneller Kriege führen ließe, sagte Chruschtschow. Er bezog sich damit auf den Vorschlag des amerikanischen Verteidigungs-

Die große Pause im VW-Werk/Alle Arbeiter und Angestellten gehen drei Wochen in Urlaub S. 3
Wirtschaft: Industrie plädiert für ein Stabilisierungsprogramm Seite 7
Feuilleton: Gerabwins Triumph und Niederlage 25, Todestag des Komponisten Seite 12
Die elektrische Zahnbürste ist da / Zahnärztekongreß überrascht mit neuem Erzeugnis S. 12
München: Oberschulrat tritt in die Amtskasse Beamter des Schulreferats verhaftet Seite 13
Eine Seite über die Frau Seite 24
Sport: Dritter Etappenstag für Rudi Altig bei der Tour de France Seite 25

Zum Fall Fränkel

Von Ernst Müller-Meinungen jr.

Ein kurzes, dramatisches und beschämendes Trauerspiel ist praktisch zu Ende: Generalbundesanwalt Wolfgang Immerwahr Fränkel wird nach den Untersuchungsergebnissen, wie durch Bundesjustizminister Stammbberger bereits verlautete, seinen Rücktritt zu erklären

Zum Fall Fränkel

Von Ernst Müller-Meinungen jr.

Ein kurzes, dramatisches und beschämendes Trauerspiel ist praktisch zu Ende: Generalbundesanwalt Wolfgang Immerwahr Fränkel wird nach den Untersuchungsergebnissen, wie durch Bundesjustizminister Stammbberger bereits verlautete, seinen Rücktritt zu erklären haben und sodann in den „Wartestand“ versetzt. Man wird neuerdings auf die Suche nach einem obersten Ankläger der deutschen Strafjustiz, insbesondere auch der politischen Strafjustiz, zu gehen haben.

Viele Leute meinen, man müsse sich an den Kopf greifen, wie ein Mann von der Vergangenheit Fränkels den traurigen Mut, die staunenswerte Unvorsichtigkeit und die atemberaubende Verantwortunglosigkeit besitzen konnte, ein solches Amt überhaupt angenommen zu haben. Auf Grund der von ostzonalen Seite mit genüßlicher Schadenfreude präsentierten Dokumentation steht derzeit zumindest objektiv schon

fest, daß Fränkel als Sachbearbeiter der einstigen Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht, im Range eines Landgerichtsdirektors, mittels der von Hitler eingeführten sogenannten Nichtigkeitsbeschwerde, gemünzt vor allem auf angeblich zu milde bereits rechtskräftige Urteile vorwiegend von Sondergerichten, wie die Axt im Walde hauste. In 18 von 34 solcher Fälle verlangte Fränkel in seinen Vorschlägen für den zuständigen Reichsanwalt als Verschärfung die Todesstrafe. In weiteren 18 Fällen, wo die Verteidigung mit jener „Nichtigkeitsbeschwerde“ ergangene Todes- in Zuchthausurteile umgewandelt sehen wollte, lehnte er dies ausnahmslos ab.

Es ist, beispielsweise, ein Fall darunter, wo selbst der damalige Staatssekretär Roland Freisler, später bluttriefender Präsident des berühmten Volksgerichtshofs, aber auch Fränkels unmittelbarer Vorgesetzter, Reichsanwalt Kirchner, und ein anderer Reichsanwalt, Brettle, ihm in den Arm fielen; es ist der Fall des nahezu schwachsinnigen Arbeiters August Völker, der vom Sondergericht Kiel wegen Handtaschendiebstahls — Gesamtbeute 11,67 Reichsmark — nach Fränkels Willen auf das Schafott sollte, weil er zwar nicht vorbestraft, aber, wie Fränkel wörtlich in die Akten schrieb, „ein wenig wertvoller Volksgenosse“ gewesen sei. Oder da ist der Fall des Arbeiters Willy Täuber. Der Mann war vom Sondergericht Halle wegen Diebstahls im Rückfall zu harten sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Fränkel setzte bei seinem Vorgesetzten die „Nichtigkeitsbeschwerde“ durch, vertrat die Sache auch in der Hauptverhandlung, fand aber beim zuständigen Senat des Reichsgerichts keine Gegenliebe. Willy Täuber blieb am Leben.

Und so etwas — wir meinen Fränkel — wurde oberster Ankläger der Strafjustiz in der Bundesrepublik Deutschland.

Nun besitzt Fränkel, der allerdings vor seiner Berufung zum Generalbundesanwalt von Bundesjustizminister Dr. Stammbberger ausdrücklich nach ihm vorwerfbaren Umständen aus seiner justiziellen Tätigkeit während des Dritten Reichs befragt worden ist, einen ziemlich gespenstischen, wenn man es so nennen will, Rechtfertigungsgrund. Wenn sein unmittelbarer Vorgesetzter von damals beim Reichsgericht, der Reichsanwalt Dr. Kirchner, nach Kriegsende Richter am Bundesgerichtshof werden konnte —

nur wegen seines pensionsnahen Alters übte er dort lediglich die Funktion eines Senatspräsidenten aus und erhielt nicht mehr diesen Rang —, wenn ein anderer Reichsanwalt aus jener blutrünstigen Phase, Dr. Richter, Senatspräsident am Bundesgerichtshof werden konnte, wenn ein weiterer einstiger Sachbearbeiter der Reichsanwaltschaft neben Fränkel, der inzwischen verstorbene Dr. Hörchner, Senatspräsident am Bundesgerichtshof werden konnte — und sie alle blieben unbehelligt —, warum sollte, so mag er sich gesagt haben, ausgerechnet Herr Fränkel Skrupel haben, weil er damals auch an einer jener Quellen saß, aus denen man Unrecht und Blut wie Wasser fließen ließ? Warum sollte nicht auch er hernach ein ehrengedachter demokratischer Jurist und nebenbei, auch jetzt dem Zug der Zeit folgend, qualifizierter Gegner der Todesstrafe werden?

Hinzu kommt aber noch ein anderer wichtiger Gesichtspunkt: Gewiß, es ist eine Schande, daß wir die Ostzone brauchen, damit eine solche skandalöse Berufung offenbar wird. Es war aber dazu noch eine vermeidbare Schande. Es erscheint nämlich völlig unmöglich, daß eingeweihte hohe Juristen so völlig ahnungslos, die Vergangenheit von Fränkel und anderen anlangend, gewesen sein können. Als Fränkel vor elf Jahren Bundesanwalt geworden ist, hat das Bundesjustizministerium die Zustimmung des Bundesrats einholen müssen, und die wurde damals auffällig lange zurückgestellt. Hatten Bundesjustizministerium und Bundesgerichtshof damals nicht Anhaltspunkte gewinnen können, daß irgend etwas nicht „in Ordnung“ ist? Wie läßt es sich denn überhaupt erklären, daß man beim Aufbau eines höchsten Gerichts frisch-fröhlich die ehemaligen Reichsanwälte zu Richtern und die ehemaligen Sachbearbeiter der Reichsanwaltschaft zu Bundesanwälten machen konnte? Ant-

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 1)

Zum Fall Fränkel

(Fortsetzung des Leitartikels)

wort: Das ist nur dadurch zu erklären, daß der Bundesgerichtshof, in dessen Gestalt ein neues, moralisch und geistig unbelastetes höchstes Gericht gegründet hätte werden müssen und sollen, unter der Hand eine Art Traditionskompanie des alten Reichsgerichts wurde dergestalt, daß sich dort, beim Bundesgerichtshof, viele, zu viele, von der alten Garde — Würdige wie minder Würdige — wieder zusammenfanden.

Traditionskompanie des Reichsgerichts. Ist es vorstellbar, daß nicht bloß der verantwortliche höchste Beamte des Bundesjustizministeriums in all den Jahren, Staatssekretär Strauß, sondern auch der erste und langjährige Präsident des Bundesgerichtshofs, der ja ebenfalls dem einstigen Reichsgericht während des Dritten Reichs angehörte, wenn auch in einem Zivilsenat, keine Ahnung hatte, wer Fränkel damals war, wo man doch im gleichen Hause gesessen hatte? Hatte Weinkauff wirklich nicht gewußt, was in Sachen „Nichtigkeitsbeschwerde“ sozusagen auf dem

Nachbarflur im Leipziger Reichsgericht praktiziert wurde? Wenn ja, was man kaum anzunehmen wagt, dann hätte der Präsident des Bundesgerichtshofs seine Pflichten verletzt, wenn nein, dann wäre ein solches Maß von Nichtwissen geradezu bestürzend bei einem Mann, der nach Kriegsende einer der beharrlichsten Für-

sprecher der kämpferischen Wachheit und des Widerstandsrechts in einer Diktatur wurde. Welcher Schaden diesem hohen Gericht und der großen Mehrheit seiner unanfechtbaren Richterpersönlichkeiten durch die geschilderten Umstände erwachsen sein dürfte, ist nur schwer zu ermessen. Seine Rechtsprechung, etwa auf dem Gebiet des Hochverrats, und etwa des Schuldbegriffs in diesen Zusammenhängen, ist durch solche Einflüsse und Einflußmöglichkeiten, wie sie der gelstige Habitus von Fränkel und anderen bestimmt haben mochte, in ihrer Glaubwürdigkeit zutiefst erschüttert.

143 Richter und Staatsanwälte haben jüngst die großzügig gewährte Chance, bis spätestens 30. Juni um ihre Pensionierung einzugeben, genutzt. Möglicherweise fiel Fränkel, der jetzt ein Disziplinarverfahren zu gewärtigen hat, unter jene Restlichen, derentwillen man recht problematischer Weise die Verfassung zu ändern erwägt, um sie ohne Pension aus dem Staatsdienst zu entlassen. Doch es geht hier nicht um Geld, es geht um die Rettung des durch eigene Schuld preisgegebenen Ansehens unserer Justiz. Der Fall Fränkel ist erschütternd: der Streber, der ein solch fatales Wagnis eingeht; die Atmosphäre, aus der heraus so etwas geschehen kann; die arge Situation, daß wohl mehr als ein Jahrzehnt vergehen muß, bis jene Generation von Richtern und Staatsanwälten nicht mehr aktiv ist, aus deren Reihen uns immer wieder solche Fälle besichert werden.

Präsident des Bundesgerichtshofs

seit 1.4.1960 Bruno Heusinger

https://de.wikipedia.org/wiki/Bruno_Heusinger

Stammburger teilt Fränkel das Untersuchungsergebnis mit

ko. Bonn (Eigener Bericht)

Bundesjustizminister Stammburger hat den beurlaubten Generalbundesanwalt Fränkel in einem Gespräch unter vier Augen von dem Ergebnis der Untersuchungen über die frühere Tätigkeit Fränkels bei der Reichsanwaltschaft unterrichtet. Wie verlautet, hat Stammburger bei dieser Gelegenheit Fränkel mitgeteilt, daß er auf Grund seines Verhaltens als Hilfsarbeiter bei der Reichsanwaltschaft das Amt des Generalbundesanwalts nicht weiter ausüben könne. Dementsprechend wird Stammburger am heutigen Mittwoch dem Kabinett von seinem Entschluß unterrichten, dem Bundespräsidenten vorzuschlagen, Fränkel von seinem Amt zu entbinden und in den Wartestand zu versetzen. Einer Zustimmung des Kabinetts zu dieser Entscheidung des Bundesjustizministers bedarf es nicht. Stammburger unterrichtet das Kabinett lediglich deshalb, weil es sich um einen politischen Fall handelt und weil er sich auch der Zustimmung des Kabinetts zur Einsetzung der aus drei Parlamentariern zusammengesetzten Kommission zur Überprüfung der gegen Fränkel gerichteten sowjetzonalen Vorwürfe vergewissert hatte. Ob Stammburger dem Bundespräsidenten im Anschluß an die Kabinettsitzung von seiner Entscheidung sofort persönlich informieren oder ob dies „auf dem normalen Dienstweg“ geschehen wird, steht noch nicht fest.

Mittwoch, 11. Jul

Auf der Wahlstatt



„Geestern noch auf stolzen Roohossen . . .“

SZ-Zeichnung: E. M. Lang